

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 01/2018



ES IST ZEIT FÜR ECHTE GLEICHSTELLUNG



GLEICHE CHANCEN

Fachtagung zum Gelingen
von schulischer Inklusion

3

GLEICHE RECHTE

Interview mit der
Trans*-Aktivistin Nyke Slawik

6/7

GLEICHER ANTEIL

Grüne Initiative
für ein Paritätsgesetz

8

Liebe Leserinnen und Leser,



es ist noch nicht lange her, da durften Frauen in Deutschland nur mit der Erlaubnis ihres Ehemannes ein Konto eröffnen. Seitdem hat sich einiges getan, zweifellos. Aber weit entfernt von einer völligen Gleichstellung, wie sie im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz festgelegt ist, sind wir immer noch. Nicht nur in Geschlechterfragen.

Der Bundestag beispielsweise sollte doch ein Abbild der deutschen Gesellschaft sein. Doch weniger als ein Drittel der Abgeordneten sind Frauen, dabei stellen sie die Hälfte der Bevölkerung. In Thüringen wollen wir dem etwas entgegensetzen und streben ein **Paritätsgesetz** bei Wahlen an. Was es damit auf sich hat, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Die Öffnung der Ehe in diesem Sommer wurde als ein großer Schritt hin zur Gleichstellung von Homosexuellen kommentiert. Auch die queere Community feierte – zurecht! Zum diesjährigen **Regenbogenempfang** lud die Fraktion Akteur*innen aus der Community ein und diskutierte gemeinsam aktuelle Probleme und die Situation im LSBTTIQ*-Bereich. In den hinterGRÜNden blicken wir zurück auf den Empfang. Außerdem lesen Sie ein **Interview mit der Aktivistin Nyke Slawik**.

Alle Schülerinnen und Schüler – egal ob mit Behinderung oder ohne – sollen nach unserer Überzeugung gemeinsam lernen können und dabei bestmöglich individuelle Förderung erhalten. Wie die für **schulische Inklusion** nötigen Rahmenbedingungen aussehen können, haben wir in einer Fachtagung zu diesem Thema diskutiert. Etwa 90 engagierte Akteurinnen und Akteure aus dem Bildungsbereich folgten unserer Einladung. In der Ausgabe finden Sie einen Nachbericht zur Veranstaltung.

Im Naturschutzbereich dreht sich derzeit vieles um die **Rückkehr des Wolfes nach Thüringen**. Viel Halbwissen, Panikmache und Vorurteile stehen derzeit im Raum. Wir geben in einem sachlichen Interview mit dem umweltpolitischen Sprecher der Fraktion, Roberto Kobelt, einen Überblick über den aktuellen Stand der Debatte sowie einen Ausblick auf ein friedliches Zusammenleben mit dem Wolf.

Der steigende Einsatz von **Glyphosat** in der Landwirtschaft beschäftigt uns ebenso. Kürzlich wurde auf der Ebene der EU erneut eine Reduzierung des Einsatzes abgelehnt. Wir informieren in den hinterGRÜNden darüber, welche Gefahren Glyphosat für Mensch und Umwelt birgt und welche Positionen wir als bündnisgrüne Fraktion dazu haben.

Wie wir uns den Weg zu einer **Digitalen Gesellschaft** in den nächsten Jahren vorstellen, welche Initiativen wir im Bereich des **transparenten Parlamentarismus** derzeit bearbeiten und was es Neues gibt in der Aufarbeitung des NSU-Komplexes, lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe.

**Ich wünsche Ihnen viel Spaß
beim Lesen unserer Fraktionszeitung!**

**Ihr Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender**

Inhalt

Editorial	2
Inklusion kann gelingen.....	3
Wir tun was für Transparenz und gegen Lobbyismus ..	3
Glyphosat: Pflanzenhormon mit verheerender Wirkung	4
Regenbogenempfang 2017	5
Nachhaltige Lösungen in der Sozialpolitik	5
Interview mit Nyke Slawik	6/7
Gesetzliche Paritätsregelungen für mehr Gleichberechtigung.....	8
Verantwortung in der Politik übernehmen	9
Digitales Thüringen.....	9
Der Wolf – zwischen Naturschutz und Panikmache	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

INKLUSION KANN GELINGEN



Inklusion braucht Entwicklung. Entwicklung braucht Inklusion.

So lautete der Titel der bildungspolitischen Fachtagung, die gemeinsam mit der Thüringer Forschungs- und Arbeitsstelle für den Gemeinsamen Unterricht, der LAG „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN veranstaltet wurde. Bildungsminister

Helmut Holter verwies vor mehr als 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen schulischen Arbeitsbereichen in seinem Grußwort auf die Eckpunkte des derzeit in Erarbeitung befindlichen inklusiven Schulgesetzes, das im Frühjahr vorliegen soll.

„Schulische Inklusion ist nicht nur möglich, sondern kann auch gelingen – auch in Thüringen. Das zeigen viele positive Erfahrungen und Beispiele für guten, gemeinsamen und inklusiven Unterricht überall im Land. Es gilt also Gelingensbedingungen für Inklusion zu schaffen. Diese zu identifizieren war Gegenstand der Tagung“, erläuterte Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion.

Diskutiert wurde an zehn hochkarätig besetzten Thematischen, die sich den unterschiedlichsten Facetten des schuli-



Foto: shutterstock/Denis Kuvaev

schen Alltages widmeten. Die bildungs- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen kamen ebenso zur Sprache wie die notwendigen Voraussetzungen auf den Ebenen der Schulträger, des Schulamtes und der Schulleitung. Weitere Themen in den Workshops waren kooperative Unterrichtsplanung, schulinterne Lehrpläne, Leistungsbewertung, Elternarbeit, berufliche Bildung, Schulbegleitung und Lehrerbildung.

In den Workshops wurden gemeinsam themenbezogene Thesen formuliert, die nun in einen „Orientierungsrahmen schulische Inklusion“ einfließen und so veröffentlicht werden sollen.

WIR TUN WAS FÜR TRANSPARENZ UND GEGEN LOBBYISMUS

Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Grundlage für ein Parlamentsregister bilden wird. Ziel ist es, im Landtag ein Register für Organisationen und Einrichtungen zu schaffen, das die Einflussnahme im Gesetzgebungsprozess umfassend dokumentiert. Eine Registrierung auf freiwilliger Basis gibt es bereits in anderen Parlamenten. Aus unserer Sicht greift das jedoch zu kurz. Wir wollen einen „legislativen Fußabdruck“ schaffen und führen daher die verbindliche Registrierung aller Beteiligten ein und werden für Verstöße ein Bußgeld vorsehen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung will außerdem eine Sperrfrist in das Thüringer Minister*innengesetz aufnehmen. Diese sieht vor, dass ehemaligen Ministerinnen und Ministern die Aufnahme einer Tätigkeit bis zu 18 Monaten nach Amtsende

untersagt werden kann, wenn die Beschäftigung in Bereichen ausgeübt werden soll, in denen das ehemalige Regierungsmitglied während seiner Amtszeit tätig war oder öffentliche Interessen beeinträchtigt werden würden.

Für uns als Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dies wichtige Schritte, um Lobbyismus und die Möglichkeit der Einflussnahme von Unternehmen auf Exekutive und Legislative zu reduzieren und Transparenz herzustellen. Denn Transparenz schafft das Vertrauen, von dem unsere Demokratie lebt.



Plenarrede von Astrid Rothe-Beinlich

► gruenlink.de/leg1

GLYPHOSAT: PFLANZENHORMON



MIT VERHEERENDER WIRKUNG



Der Einsatz des Herbizids Glyphosat nimmt seit Jahren stetig zu. Inzwischen wird es auf 40% der landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt. Immer mehr Agrarfirmer spritzen damit die Felder „gelb“ und säen dann direkt wieder ein. Parallel dazu nimmt die Artenvielfalt rapide ab.

Die Chemieindustrie versucht glaubhaft zu machen, dass die Wirkung auf Pflanzen beschränkt bleibt. Doch Tatsache ist: Die Krebsrate von dem Hormon ausgesetzten Menschen und Tieren steigt, Missbildungen vervielfachen sich. Wie früher bei Atomkraft hält die Industrie mit statistischen Tricks dagegen. Und wie früher bei Atomkraft spielen Behörden eine zweifelhafte Rolle.

Monsanto bewertet das Risiko

So übernahm die Bundesanstalt für Risikobewertung (BfR) gleich ganze Kapitel aus den Anträgen des Chemie-Giganten Monsanto direkt als ihre Bewertung des Verlängerungsantrags. Das wiegt besonders schwer, weil Deutschland bei Glyphosat „Berichterstatter“ ist, also die Vorlage für die Entscheidung des eigentlich für die Zulassung zuständigen EU-Ministerrats erstellt.

Doch der Ministerrat war sich nicht einig – Deutschland

enthielt sich bei Abstimmungen. Im letzten Moment stimmte Landwirtschaftsminister Schmidt doch zu – trotz Widerspruch des Umweltministeriums. Sonst hätte die Kommission „rein sachlich“ entschieden – auf Basis der vorgelegten Bewertung des BfR. Und gegen den – rechtlich nicht bindenden – Beschluss des Europaparlaments oder die eigentlich ja erfolgreiche europäische Bürgerinitiative.

Kein „Weiter so“

Eines ist für Olaf Müller, den agrarpolitischen Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion, deshalb sicher: „So kann es nicht weiter gehen. Das Genehmigungsverfahren und insbesondere die Bewertungsmethodik sind so unglaublich, dass wir einen Neustart brauchen. Wir fordern deshalb, dass die Studien nicht wie bislang von den Unternehmen, sondern von der EU-Behörde vergeben und überwacht werden“, so Olaf Müller.

Währenddessen gilt das Vorsorgeprinzip. Die Anwendung von Glyphosat muss jetzt wenigstens auf nationaler Ebene schnellstens verboten werden. Rechtlich ist das möglich. Insbesondere, da es ganz einfach ersetzt werden kann: Mit Pflug, Grubber und einer vielfältigeren Fruchtfolge. Unsere Biobäuerinnen und Biobauern des Vertrauens können Auskunft geben, denn in der Bio-Landwirtschaft wurde das Gift noch nie eingesetzt.

i

Glyphosat ist ein Hormon, das die Eiweißproduktion aller Pflanzen hemmt. Dadurch sterben diese ab.

Thüringen hat im Dezember eine Bundesratsinitiative für schärfere Anwendungsregelungen von Glyphosat eingebracht.



Foto: Pixabay

REGENBOGENEMPFANG 2017



Unter dem Schwerpunkt des „Landesprogramms Akzeptanz und Vielfalt“ fand zum vierten Mal der Regenbogenempfang der bündnisgrünen Landtagsfraktion statt. Etwa 50 Gäste aus Vereinen und Verbänden, aber auch aus der Politik nahmen an dem Empfang teil.

In diesem Jahr startete der Empfang mit der Eröffnung der Ausstellung „CSD – Gesichter der Vielfalt“. Sie zeigt sowohl Eindrücke aus dem Treiben des CSD-Weimar als auch langjährige Engagierte der Community. Gemeinsam mit dem Fotografen Matthias Eckert führte die Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich durch die Ausstellung. Das Grußwort im Anschluss sprach Nyke Slawik, Aktivistin für Transgender-Rechte. Sie hielt ein Plädoyer für das weiterhin notwendige Engagement im LSBTTIQ*-Bereich. Anschließend wurden der aktuelle Stand des Landesprogramms vorgestellt und die Inhalte sowie die Ziele unter den Podiumsgästen Nyke Slawik, Matthias Gothe (QueerWeg e.V.), Dr. Janine Dieckmann (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft) und Fabian Gabriel (Grüne Jugend Thüringen) diskutiert. Besonders wichtig für die Diskutierenden war, dass das Landesprogramm für den ländlichen



v.l.: Matthias Gothe, Dr. Janine Dieckmann, Astrid Rothe-Beinlich, Nyke Slawik, Fabian Gabriel und Babett Pfefferlein

Raum geeignet sein, zeitnah verabschiedet und auch finanziell ausreichend ausgestattet werden muss. Die parlamentarische Beratung dazu ist für Anfang 2018 vorgesehen.

„Die Tradition des Regenbogenempfangs zur Stärkung der Gleichstellung verschiedener Lebensweisen, von Familienmodellen und neuer Aufklärungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen werden wir ab sofort wieder jährlich fortsetzen“, da waren sich Babett Pfefferlein und Astrid Rothe-Beinlich einig. Einen tollen Abschluss bildeten gute Gespräche in angenehmer Runde und dazu ein dem Motto entsprechendes, kunterbuntes Buffet.

NACHHALTIGE LÖSUNGEN IN DER SOZIALPOLITIK

Die soziale Frage – und damit auch die Frage der gerechten Verteilung von Ressourcen – bewegt viele Menschen in diesem Land und natürlich auch die Politik.

„Die soziale Spaltung der Gesellschaft muss aus unserer Sicht auch in Thüringen erstens stärker thematisiert und zweitens muss ihr mit konkreten Maßnahmen stärker entgegengewirkt werden“, so Babett Pfefferlein. „Wir finden: für nachhaltige und gute Lösungen müssen Landes- und Bundespolitik besser zusammen greifen. Hier müssen wir zum Beispiel besonders die Armutsgefährdungsquote in den Blick nehmen, aber auch Instrumente auf den Weg bringen, die zielgruppenspezifisch wirken.“

Insbesondere sollen Alleinerziehende, ältere Menschen, die durch niedrige Rentenzuweisungen auf weitere staatliche

Zuwendungen angewiesen sind, Langzeitarbeitslose, Kinder und Jugendliche mehr Unterstützung erfahren.

Die Voraussetzung von Teilhabe und sozialer Sicherheit sind grundsätzlich ausreichend Arbeitsplätze bei guter Bezahlung und sichere Beschäftigung. Dafür ist es wichtig, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die in Zeiten von Digitalisierung und sich wandelnder Erwerbsbiographien passen. Für Babett Pfefferlein ist außerdem klar: „Für Menschen, die lange Zeit ohne Erwerbsarbeit sind, brauchen wir spezielle Programme, zum Beispiel in Form eines sozialen Arbeitsmarkts.“

Weiterhin braucht es Fördermöglichkeiten des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung. „Damit soll jeder und jede auch in einer sich wandelnden Arbeitswelt Teilhabe erfahren können“, erklärt die Sozialpolitikerin.





Nyke Slawik in der Diskussionsrunde beim Regenbogenempfang.

„ICH BIN NIEMANDEM EINE BERICHTERSTATTUNG ÜBER MEINE GENITALIEN SCHULDIG“



Foto: ©Giacomo Zucca

Nyke Slawik ist Trans*-Aktivistin aus Nordrhein-Westfalen, engagiert sich bei der GRÜNEN JUGEND und kandidierte im Landtagswahlkampf für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zum Regenbogenempfang sprachen wir mit ihr über den Kampf um Gleichberechtigung und wieso die Reduzierung aufs Körperliche nervt.

Kürzlich wurde die Öffnung der Ehe beschlossen. Für die queere Community galt das als ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung. Wie hast du diesen Beschluss aufgefasst?

Nyke Slawik: Ich habe noch heute Tränen in den Augen, wenn ich an die Bilder vom Konfettiregen im Bundestag und an den überglücklichen Volker Beck denke. Es wurde viel kommentiert, wie Volker am Ende noch vor Ablauf seiner letzten

Legislaturperiode sein Lebenswerk erreicht habe. Das mag in Teilen stimmen, aber in vielerlei Hinsicht hinterlässt er doch auch ein Erbe, das nachfolgende Generationen übernehmen müssen. Fast genauso lange schon kämpfen wir zum Beispiel für eine Reform des Transsexuellengesetzes.

Das Verfassungsgericht hat die Einführung eines dritten Geschlechts gefordert – ebenfalls eine schon lange formulierte Forderung der Community. Hast du das Gefühl, es bewegt sich was in Sachen Gleichstellung?

N.S.: Jein. Mittlerweile gibt es mehr Aufklärung bei den Themen Trans*- und Intergeschlechtlichkeit. Aber es ist bedauerlich, dass Menschenrechtsfragen im LSBTTIQ*-Bereich zunehmend nur noch vom Bundesverfassungsgericht bearbeitet werden, weil die Konservativen im Bund Gleichstellungsfragen blockieren. Ich freue mich allerdings sehr über die Entscheidung, einen dritten, positiven Geschlechtseintrag zu ermöglichen – ärgere mich aber über die Bezeichnung „drittes Geschlecht“ in der Berichterstattung. Geschlechter lassen

sich schlecht zählen, weil geschlechtliche Selbstdefinitionen vielfältig sind. Bei der dritten Eintragungsoption wird die Herausforderung sein, eine Bezeichnung zu finden, unter der sich alle wiederfinden. Hier müssen die Betroffenen in den Prozess einbezogen werden.

Im aktuellen Bundestag und in vielen Landesparlamenten ist mittlerweile die AfD vertreten, die eine homo- und trans*phobe Politik vertritt und u.a. die „Zählung von Homosexuellen“ gefordert hat. Wie siehst du diese Entwicklung?

N.S.: Als Frau – als transidente Frau – könnte ich mich nicht weniger vom neuen Bundestag repräsentiert fühlen. Mit dem Einzug der AfD, sitzen nun nicht nur rassistische und menschenfeindliche Positionen in diesem Bundestag. Die AfD markiert – neben dem Wiedereinzug der FDP – eine gefährliche Dominanz rückschrittiger, reaktionärer Männerbünde, die den Frauenanteil im Parlament mit 30 Prozent auf ein 20-Jahrestief gerissen haben. Der Einzug der AfD, die mit Begriffen wie „Genderwahnsinn“ und queerfeindlichen Aussagen auf sich aufmerksam macht, ist ein herber Rückschlag für die Queerpolitik. Wir werden daher in den nächsten Jahren eine noch stärkere Anwältin für Menschenrechte und alle, gegen die die AfD hetzt, werden müssen.

Du selbst hast für den Landtag in NRW kandidiert – als erste Trans*frau in Deutschland. Glaubst du, dass dadurch das Thema wieder mehr in die Öffentlichkeit gerückt werden konnte?

N.S.: Naja, ich war die erste, die sehr offen damit umgegangen ist und tatsächlich Aussichten auf den Einzug hatte. Gerade in den Zeiten des Rechtsrucks war es mir wichtig, auch mit diesem Teil meiner Identität präsent zu sein und die Aufmerksamkeit zu nutzen, um queerpolitische Themen in die politische Debatte einzubringen. Leider ist es im Bezug auf trans* Personen noch immer üblich, über sie statt mit ihnen zu sprechen. Viele gehen in Deutschland nicht so offen mit dem Thema um, weil sie keine Lust haben, auf diesen Aspekt ihrer Identität reduziert zu werden. Es gibt leider noch immer große Stigmatisierungen, unangenehme Sensationslust und auch offene Anfeindungen.

Wenn es um Trans*gender geht, gibt es eine Frage, die dich nervt? Welche und wie reagierst du?

N.S.: Die Objektifizierung und Reduzierung aufs Körperliche nervt. Die Leute interessieren sich für Hormone, Operationen und auch sexuelle Aspekte und merken teilweise gar nicht, wie grenzüberschreitend und erniedrigend diese Perspektive sein kann. Ich bin niemandem eine Coming-Out-Story oder eine Berichterstattung über meine Genitalien schuldig. Für mich stehen menschenrechtliche Fragen im Vordergrund meines Engagements.

Man hat manchmal das Gefühl, dass ein Teil der Gesellschaft immer noch zu wenig weiß und daher die Forderungen der

Trans*gender-Community nicht nachvollziehen kann. Wie war das in deinem Umfeld?

N.S.: Viele sind einfach in ihren Vorurteilen gefangen. Im Fernsehen begegnen einem trans* Frauen oft nur als Prostituierte oder Mordopfer. Andere verwechseln es mit Drag und denken trans* Personen seien aufmerksamkeitsstüchtige Show-Sternchen. Dahinter steckt der verbreitete Irrglaube, das sei alles selbstgewähltes Drama. Es gab Menschen, die sich nach meinem Outing von mir abgewandt haben und solche, die sich über mich lustig gemacht haben. Aber der Großteil hat zu mir gehalten, weil sie gemerkt haben, dass es wichtig ist, Menschen wachsen und sie selbst sein zu lassen.

In welchen Bereichen siehst du noch Nachholbedarf?

N.S.: Den gibt es leider auf allen Ebenen. Am wichtigsten ist mir, dass trans* Personen als selbstbestimmte Akteur*innen im gesellschaftlichen Leben ankommen – nicht nur als Objekte, die zur Schau gestellt und begafft werden.

Was macht dir Mut, dass sich in diesem Bereich etwas bewegen wird?

N.S.: In der US-amerikanischen Unterhaltungsindustrie ist in den letzten Jahren geradezu ein Trans-Hype ausgebrochen. Was vor 20 Jahren homosexuelle Charaktere waren, die leider noch immer stark unterrepräsentiert sind, sind jetzt trans* Personen. Großartig ist daran, dass viele trans* Personen vor und hinter der Kamera mitwirken. Ich hoffe, dass dieser Effekt nicht verpufft, sondern trans* in Film & Fernsehen einfach gelebte Normalität wird. Für Betroffene ist das auf jeden Fall eine Ermutigung, die eigene Identität repräsentiert zu sehen. Außerdem gibt es auch transidente Journalistinnen, die im englischsprachigen Raum die Debatte voranbringen. Im deutschsprachigen Raum fehlt das noch.

Leider werden Gender-Themen oft ins Lächerliche gezogen oder als unwichtig abgetan. Bezeichnend ist die Debatte um Toiletten. Was wünschst du dir für eine inhaltliche Debatte? Und wie kann man dazu kommen?

N.S.: Die sexistische Vorstellung, Frauen gehören an den Herd, ist heute richtigerweise weitestgehend verpönt, hat sich aber lange hartnäckig gehalten. In manchen Angelegenheiten brauchen wir Geduld und wir brauchen laute Stimmen, die immer wieder auf bestehende Missverhältnisse aufmerksam machen. Es bleibt auch unsere demokratische Aufgabe, Empathie zu zeigen, uns in andere Lebenssituationen hineinzuversetzen und zu mahnen, dass alle Menschen zwar nicht gleich, aber gleich an Rechten sind. Nicht zuletzt braucht es Solidarität, vor allem unter Frauen und LSBTTIQ*-Personen, weil die Argumente, mit denen wir versucht mundtot gemacht zu werden, oft dieselben sind und darauf abzielen, die Privilegien Einzelner zu sichern.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

GESETZLICHE PARITÄTSREGELUNGEN FÜR MEHR GLEICHBERECHTIGUNG



Seit 2009 wird in Thüringen die Frage diskutiert, ob landesgesetzliche Paritätsregelungen, die auf eine hälftige Besetzung der Wahlvorschläge für die thüringischen Kommunalparlamente und den Landtag mit Frauen und Männern abzielen, verfassungsrechtlich zulässig und geboten sind.

Die bündnisgrüne Landtagsfraktion hat im Jahr 2014 ein Rechtsgutachten bei Professorin Dr. Silke Laskowski in Auftrag gegeben, um die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für paritätische Wahlvorschläge prüfen zu lassen. Das Ergebnis war eindeutig: Die evidente Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten einschließlich der Kommunalvertretungen widerspricht dem Demokratiekonzept des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung. Darin

Im aktuellen Bundestag sitzen
709 Abgeordnete.

Der Frauenanteil dort beträgt **30,7 %**



wird die gleichberechtigte demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger vorausgesetzt. Die politischen Entscheidungen leiden also an einem Mangel demokratischer Legitimation.

Auf Initiative der Bündnisgrünen werden die Koalitionsfraktionen nun eine Änderung des Landeswahlgesetzes auf den Weg bringen, in dem festgeschrieben wird, dass Landeslisten abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen sind. Bei Nichtbefolgung der gesetzlichen Vorgaben wird der Wahlvorschlag zurückgewiesen.



„Die Unterrepräsentanz von Frauen widerspricht dem Demokratiekonzept.“

23 Jahre nach der Verfassungsreform von 1994, durch die der Satz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ in das Grundgesetz aufgenommen wurde, ist die Einführung einer Paritätsregelung in den Thüringer Wahlgesetzen überfällig.

Die nach Geschlechtern quotierten Wahllisten der Bündnisgrünen stellen eine Erfolgsgeschichte dar, die in anderen Parteien durchaus Nachahmer gefunden haben. Allerdings, spätestens dann, wenn man den Blick auf diejenigen Parteien richtet, die sich bislang einer wirksamen Satzungsänderung verweigert haben, wird deutlich, dass parteiinterne Regelungen nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bevölkerungsanteil von Frauen und Männern in den Parlamenten widerzuspiegeln.

Im November 2018 werden wir 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland feiern können – Thüringen wird eine Vorreiterrolle in dessen konsequenter Weiterentwicklung übernehmen und das erste deutsche Paritätswahlgesetz beschließen.

Bundesland	Abgeordnete	Frauenanteil in %
Baden-Württemberg	143	24,5
Mecklenburg-Vorpommern	71	25,3
Niedersachsen	137	26,3
Sachsen-Anhalt	87	26,4
Nordrhein-Westfalen	199	27,1
Hessen	110	29,1
Bayern	180	29,4
Schleswig-Holstein	73	30,1
Sachsen	126	31,7
Berlin	160	33,1
Bremen	87	33,7
Rheinland-Pfalz	101	35,6
Brandenburg	88	36,4
Hamburg	121	37,2
Saarland	51	35,3
Thüringen	91	40,6

Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

VERANTWORTUNG IN DER POLITIK ÜBERNEHMEN

Plenarrede von Madeleine Henfling

► gruenlink.de/leg3



Am 29. September 2017 wurde im Thüringer Landtag auf Initiative der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen über die beiden Anträge „Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen von Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds“ sowie „Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung für die

Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds“ abgestimmt. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen wurden beide Anträge angenommen. Die Fraktion der CDU stimmte gemeinsam mit der AfD-Fraktion dagegen.

Mit beiden Anträgen zur Opferentschädigung und zur Erinnerungsstätte übernehmen die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen ihre politische Verantwortung. Sie ergibt sich aus

den Feststellungen durch den ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss und den Erkenntnissen über den rassistischen Umgang mit den Angehörigen und den Betroffenen der NSU-Verbrechen und der oft jahrelangen Schikanen durch die Sicherheitsbehörden.

„Die Täterinnen und Täter stehen bei der Debatte um den NSU wie so oft im Vordergrund“, erklärt Madeleine Henfling. „An die Taten des NSU erinnern sich nur wenige und die Namen der Opfer kennt kaum jemand.“ Mit der Stätte der Erinnerung und Mahnung wollen die Koalitionsfraktionen an die zehn getöteten Opfer und die Verletzten der NSU-Taten erinnern und mahnen, wozu Hass der extremen Rechten und Rassismus führen.

„Durch die Erinnerungsstätte schaffen wir einen Ort der Aufarbeitung und gleichzeitig eine Mahnung für die Zukunft, in der wir uns eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung wünschen“, erläutert Madeleine Henfling. „Nie wieder soll eine rechtsterroristische Gruppe entstehen und mordend durchs Land ziehen können. Dazu bedarf es der Aufmerksamkeit von uns allen.“

DIGITALES THÜRINGEN

Digital ↑

Im Februar des Jahres 2017 haben wir unsere Leitlinien und Forderungen für eine digitale Gesellschaft in einem Fraktionsbeschluss vorgestellt. Die anschließende Diskussion mit Thüringer Akteurinnen und Akteuren sowie mit Aktivistinnen und Aktivisten im Zuge der DigiTour hat diese Leitlinien als tragfähig bestätigt und ganz konkrete Forderungen für Thüringen hervorgebracht.

Als immer wiederkehrende Einschätzung wurde das Fehlen bzw. die Unterentwicklung eines echten, tragfähigen Habitus für Digitales festgestellt. „Die vorherrschende Einstellung in den bestehenden, handelnden Strukturen scheint eher ein Geist der Verhinderung und der Bedenken zu sein“, erklärt Madeleine Henfling. „Fast alle Akteurinnen und Akteure konnten davon berichten. Wollen wir in Thüringen wirklich eine Weiterentwicklung einer digitalen Gesellschaft ermöglichen, müssen wir diese Grundeinstellung verändern“, so die Sprecherin für Digitales der Landtagsfraktion.

„Die Lösung muss unserer Ansicht nach auf zwei Ebenen ansetzen: Zum Einen schafft die Vermittlung von Medienkompetenz eine Erweiterung der Handlungsspielräume in jedem Einzelnen. Diese theoretischen Handlungsoptionen müssen aber auch praktisch erfahrbar sein. Zum anderen können wir nur durch unsere eigenen digitalen Leuchttürme die Erfahrungen auch wirklich erleben und konkret nachvollziehen, wie eine Einstellungsänderung unser Alltagsleben positiv verändern kann.“ Eine Strategie für Digitalisierungsfragen sei hier essentiell für eine nachhaltige Landesentwicklung.

„Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Digitalisierungsfragen in den Fokus gerückt werden“, kündigt Madeleine Henfling an. Dabei könne man sich nicht nur an der Verwaltung oder der Wirtschaft 4.0 abarbeiten. „Eine digitale Gesellschaft zeichnet sich durch weit mehr aus und fordert Strategien und Lösungen für alle Lebensbereiche.“

DER WOLF ZWISCHEN NATURSCHUTZ UND PANIKMACHE



Seit 2014 ist der Wolf zurück in Thüringen. Nun aber wird plötzlich heftig über ihn diskutiert. Roberto Kobelt, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, dazu im Interview.

Derzeit wird das Thema Wolf sehr emotional diskutiert. Wie ist der Stand in Thüringen?

Roberto Kobelt: In Thüringen lebt seit 2014 eine Wölfin auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe von Ohrdruf. 2017 hat sie sich mit einem freilaufenden Haushund gepaart und sechs sogenannte Hybriden zur Welt gebracht.

Das Umweltministerium hat dazu angekündigt, dass diese Hybriden aus der Natur entnommen werden müssen.

R.K.: Das Ministerium muss sich an die gesetzlichen Vorgaben des Tier- und Artenschutzes halten, außerdem an die Empfehlungen des Wolf-Kompetenzzentrums des Bundes. Insofern ist die Entscheidung keine freiwillige sondern eine notwendige, um die Art des Wolfes in Thüringen nicht zu gefährden. Wir finden es aber richtig, dass das Umweltministerium beabsichtigt, die Wolfshybriden zunächst lebend fangen zu wollen und in ein Gehege zu bringen.

In den letzten Monaten stieg auch die Anzahl der Risse. Wie ist das zu erklären?

R.K.: Vermutlich suchte die Wölfin Nahrung für ihre Welpen. In den Jahren zuvor seit 2014 verhielt sie sich aber – wie es typisch ist für einen Wolf – unauffällig. Sie näherte sich weder Menschen noch Schafherden.

Dennoch machen sich die Schäfer*innen im Land Sorgen um ihre Bestände.

R.K.: Ein Wolf reißt nur dann Schafe, wenn der Zugang zu anderer Nahrung schwieriger ist, als der Zugang zu Nutztieren. Wir müssen über kurz oder lang umdenken, wenn wir mit dem Wolf in Deutschland leben wollen. Andere Bundesländer sind da schon weiter. Wir haben hier nur eine Wölfin, in Niedersachsen oder Brandenburg leben mehrere Rudel und die Schafhalter*innen haben gelernt, sich auf den Wolf einzustellen.

Es gibt Stimmen, die behaupten, der Wolf passe nicht nach Thüringen. Stimmt das?

R.K.: In Europa waren Wölfe einst flächendeckend verbreitet. Bis man ihn deutschlandweit ausgerottet und vertrieben hat. Wir können doch froh sein, dass eine bislang ausgerottete Art wieder zurückkehrt – aus Natur- und Tierschutzgründen. Vieles, was derzeit zum Thema Wolf gesagt wird, ist schlicht Panikmache.

Was bringt der Wolf dem Naturschutz?

R.K.: Das Wild in unserem Wald hat keine natürlichen Feinde mehr. Lediglich der Mensch sorgt dafür, dass kranke und schwache Tiere erlegt werden oder Überpopulation verhindert wird. Früher erledigte das der Wolf. Natürlich kann eine Wölfin alleine nicht dafür sorgen, aber wir rechnen damit, dass mittelfristig mehr Wölfe nach Thüringen zurückkehren werden.

Der Vorbehalt innerhalb der Bevölkerung, aber vor allem bei den Schäfern*innen ist nach wie vor groß.

R.K.: Es ist verständlich, dass Schäfer*innen Angst um ihre Herden haben. Wir müssen aber wieder lernen, mit dem Wolf zu leben. Dazu gehört ein wirkungsvoller Herdenschutz. Das Umweltministerium unterstützt bereits unter anderem die Förderung von Präventionsmaßnahmen bei Tierhalter*innen. Gleichzeitig wird der Ausgleich von Schäden, die der Wolf verursacht hat, geregelt. Die Schafhaltung hat eine große Bedeutung für den Naturschutz und die Landschaftspflege. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Arbeit der Schafhalter*innen durch den Freistaat perspektivisch finanziell stärker unterstützt wird.

Kann man also weiterhin gefahrlos im Wald spazieren gehen?

R.K.: Für Menschen ist der Wolf ungefährlich. Er ist scheu und lässt sich, wie auch die Wölfin in Ohrdruf, nur selten zu Gesicht bekommen. Nicht umsonst ziehen sich Wölfe meist auf abgelegene und abgeschottete Plätze, wie Truppenübungsplätze, zurück.



Foto: Pixabay | reincarnation40

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:
► gruenlink.de/gch



17. 11. 2017: Spannende Vorlesemomente

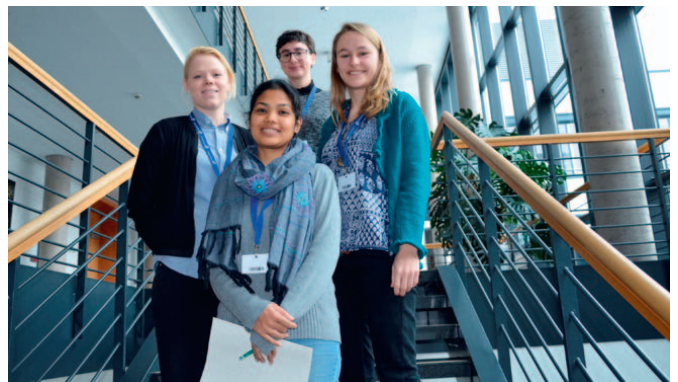
Beim alljährlichen Vorlesetag waren unsere Abgeordneten in Schulen im ganzen Land unterwegs und lasen unter anderem aus „Ronja Räubertochter“, „Grüffelo“ und „Neues von Herrn Bello“ vor. Nicht nur bei den Kindern kam diese Aktion gut an, auch unsere Abgeordneten – wie hier Dirk Adams – hatten sichtlich Spaß dabei. So manche Lehrkraft würde sich über diese Aufmerksamkeit wohl auch im normalen Unterricht nicht beschweren.

Im Dezember startete die neue, überarbeitete Internetseite der Fraktion, die nicht nur moderner und übersichtlicher daherkommt, sondern nun noch besser auf mobilen Endgeräten zu bedienen ist. Außerdem wurde die URL verkürzt. Unsere neue Homepage findet man unter www.gruene-thl.de. Wir freuen uns auf Feedback.

www.

4. – 8. 12. 2017: Den Landtag intensiv erleben

Ob im Bundestag oder im Thüringer Landtag: Frauen sind auch Ende 2017 deutlich unterrepräsentiert. Umso wichtiger ist es, junge, politisch engagierte Frauen zu fördern und zu ermutigen. Gemeinsam mit der Grünen Jugend Thüringen hat die Fraktion deshalb eine Woche lang ein „Shadowing“-Programm durchgeführt. Dabei durften die Abgeordneten Madeleine Henfling, Astrid Rothe-Beinlich und Babett Pfefferlein auf Schritt und Tritt begleitet werden und gewährten Einblicke in den politischen Alltag. Eine spannende Erfahrung für beide Seiten!



24. 2. – 4. 3. 2018: Verbrauchermesse mit elf Themenwelten

Auch auf der Thüringenausstellung 2018, die vom 24. Februar bis zum 3. März stattfindet, wird die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder an einem gemeinsamen Stand mit den Koalitionspartnern vertreten sein. Hierzu sind alle eingeladen, um mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen, mit ihnen zu diskutieren oder einfach nur um ein paar von unseren beliebten Rezeptheftchen abzustauben.



DIE MITARBEITERINNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

Referentin des Fraktionsvorsitzenden

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,
Referentin für Europapolitik; Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Sebastian Arnold

*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*

Telefon: 0361/37-72666

E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de



Mona Walter

*Stellvertretende Pressesprecherin, Referentin für
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungskoordination*

Telefon: 0361/37-72690

E-Mail: mona.walter@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

Internet: www.gruene-thl.de

Vi.S.d.P.: Sebastian Arnold

Druckunterlagenschluss: Dezember 2017

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelfoto: Library of Congress Prints and Photographs Division Washington, D.C.

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Besuchen Sie uns auch
im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl

www.twitter.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol

*Referent für die Begleitung
des NSU-Untersuchungsausschusses*

Telefon: 0361/37-72682

E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de



Christian Foß

*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft
und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*

Telefon: 0361/37-72689

E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann

*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*

Telefon: 0361/37-72683

E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Michael Kost

Justiziar und Referent für Justizpolitik

Telefon: 0361/37-72667

E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de



Tobias Lange

Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72680

E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Kathleen Lützkendorf

*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*

Telefon: 0361/37-72693

E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-thl.de



Ralf Martin

*Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv.
Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*

Telefon: 0361/37-72679

E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Sybille Mattfeldt-Kloth

*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*

Telefon: 0361/37-72677

E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de



Jan Richter

*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*

Telefon: 0361/37-72678

E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Matthias Schlegel

*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*

Telefon: 0361/37-72691

E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Norbert Sondermann

*Referent für Energie, Klima,
Umwelt, Naturschutz und Sport*

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de